

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz

78. Sitzung
17. Juni 2026

Beginn: 14.00 Uhr
Schluss: 17.03 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Sven Rissmann (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) und Herrn Staatssekretär Feuerberg (SenJustV) repräsentiert.

Überdies ist Frau Gerlach, Leiterin der Abteilung III, zuständig für Justizvollzug, Gnadenwesen und Strafrecht (SenJustV) anwesend.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Er stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023 anfertigen dürfen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Gemäß Punkt 4, Abs. 5 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 24. Mai 2023 ruft der Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf. Herr Staatssekretär Feuerberg (SenJustV) beantwortet diese sowie spontane, mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Einzelheiten vgl. Inhaltsprotokoll):

- „Der Deutsche Richterbund hat alarmiert auf den Anstieg politisch motivierter Kriminalität reagiert und eine rasche Aufstockung der Justiz gefordert. Seit 2020 sei die Zahl der unerledigten Fälle bei den Strafverfolgern im Bundesschnitt um rund 50 Prozent gestiegen, inzwischen müssten drei Ermittler in vielen Behörden für vier arbeiten. Wie stellt sich die Situation aktuell in Berlin dar?“
(AfD)
- „Welche Fortschritte gibt es bei der Beteiligung Berlins an der Komponente Schulobst und -gemüse des EU-Schulprogramms?“
(Bündnis 90/Die Grünen)
- „Wie bewertet der Senat den Einsatz künstlicher Intelligenz durch Klägerinnen und Kläger bei der Erstellung von Schriftsätzen und Klagen insbesondere hinsichtlich Verfahrensaufkommen, zusätzlicher Belastungen für die (Sozial-)Gerichte und möglicher Auswirkungen auf die Verfahrensdauer?“
(SPD)
- „Welche Maßnahmen unternimmt der Senat, um Schusswaffengewalt und den illegalen Handel von halbautomatischen Schusswaffen wirksam zu bekämpfen?“
(CDU)

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0308](#)
Bericht aus der Frühjahrskonferenz der Recht
Justizministerinnen und Justizminister 2026
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Herr Abg. Herrmann (CDU) und Herr Abg. Lehmann (SPD) begründen den Besprechungsbedarf.

Nach der Beratung, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Feuerberg (SenJustV) und Herr Redlinger (persönlicher Referent von Herrn Staatssekretär Feuerberg, SenJustV) Stellung nehmen, schließt der Ausschuss die Besprechung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0303](#)
Drucksache 19/3076 Recht
Keine Kriminalisierung von Armut und BuEuMe(f)
Bagatelldelikten: Ersatzfreiheitsstrafen abschaffen

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0170](#)
Ersatzfreiheitsstrafe – taugliches Instrument, wenn Recht
Geldstrafen nicht gezahlt werden? Zur Umsetzung
der Ersatzfreiheitsstrafe in Berlin sowie den
Alternativen
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Abg. Franco (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Antrag zu Punkt 3 a) und den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 b).

Herr Staatssekretär Feuerberg (SenJustV) nimmt einleitend Stellung.

Im Rahmen der Beratung nehmen Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) und Frau Gerlach, Leiterin der Abteilung III, zuständig für Justizvollzug, Gnadenwesen und Strafrecht (SenJustV) Stellung.

Nach der Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 3 a):

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, dem federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien, den Antrag – Drucksache 19/3076 – abzulehnen.

Eine entsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien zugeleitet.

Zu Punkt 3 b):

Der Ausschuss schließt die Besprechung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke	0103
Drucksache 19/0975	Recht(f)
Gesetz zur Abschaffung der Verwaltungsgebühr für	Haupt
den Kirchenaustritt	KultEnDe*

Der Vorsitzende weist auf Folgendes hin:

- Zu diesem Punkt liege dem Ausschuss eine Stellungnahme des Senats gemäß § 43 Abs. 1 GGO II vor. Diese sei den Mitgliedern des Ausschusses per E-Mail übermittelt worden und könne überdies über die Homepage abgerufen werden.
- Ebenfalls liege die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Kultur, Engagement und Demokratieförderung vor. Darin empfiehlt dieser mehrheitlich mit den

Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, den Antrag abzulehnen.

Herr Abg. Valgolio (Die Linke) begründet den Antrag.

Im Rahmen der Beratung nimmt Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) Stellung.

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, dem Plenum zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 19/0975 – abzulehnen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum über den Hauptausschuss zugeleitet.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion die Linke auf Annahme einer	0113
Entschließung	Recht
Drucksache 19/1075	Haupt
Volksentscheid umsetzen: Deutsche Wohnen & Co enteignen	StadtWohn(f)

Auf Antrag von Herrn Abg. Dr. Nas (CDU) beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, Punkt 5 aus zeitlichen Gründen zu vertagen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Der Vorsitzende teilt mit, dass zwei Anträge auf die Durchführung einer Anhörung gemäß § 28 Abs. 1 GO Abghs für die kommende Sitzung am 1. Juli 2026 vorliegen. Zum einen handelt es sich um einen Antrag auf Durchführung einer Anhörung der Koalitionsfraktionen der CDU und SPD zu dem Vorgang 0309 sowie um einen Antrag auf Durchführung einer Anhörung der Fraktion Die Linke zu dem Vorgang 0172 der Unerledigtenliste.

Der Ausschuss beschließt wie folgt:

- Der Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU und SPD, zu dem Vorgang 0309 in der kommenden Sitzung eine Anhörung durchzuführen, wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.
- Der Antrag der Fraktion Die Linke, zu dem Vorgang 0172 in der kommenden Sitzung eine Anhörung durchzuführen, wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der

CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass im Anschluss an die Sitzung keine Runde der Sprecherinnen und Sprecher stattfinden werde und er stattdessen die Fraktionen bitte, Vorschläge zur Festlegung der Tagesordnung der kommenden Sitzung auf schriftlichem Wege spätestens bis zum 23. Juni 2026 zu unterbreiten. Er werde auf der Basis der eingereichten Vorschläge nach § 25 Abs. 3 S. 1 GO Abghs eine Tagesordnung erstellen und herausgeben.

Die nächste 79. Sitzung findet am Mittwoch, den 1. Juli 2026, um 14.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Sven Rissmann

Sebastian Schlüsselburg
(stellv. Vorsitzender)